

Terminvorschau vom 12. bis 17. März 1979

Montag, 12.3.

Vorstandssitzung der F.D.P.-Fraktion

Dienstag, 13.3.

Vorstandssitzung der SPD-Fraktion

**Fraktionssitzungen der CDU, der SPD
und der F.D.P.**

Rechnungsprüfungsausschuß

Landeshaushaltsrechnung 1976 und
Jahresbericht des Landesrechnungshofes

Petitionsausschuß

Petitionen

Mittwoch, 14.3.

Plenum (Beginn: 10.00 Uhr)

Donnerstag, 15.3.

Plenum (Beginn: 10.00 Uhr)

Wirtschaftsausschuß (in Bonn)

Wirtschaftspolitische Besprechungen
mit dem Minister für Bundesangelegenheiten
des Landes NRW, Dr. Christoph Zöpel, und
den Mitgliedern des Ausschusses für
Wirtschaft des Deutschen Bundestages

Freitag, 16.3.

**Parlamentarischer Untersuchungsausschuß
betr. die Hochschulbau- und
Finanzierungsgesellschaft (HFG)**

(Öffentliche Sitzung: Beginn: 10.30
Uhr, Raum 112)

Vernehmung der Zeugen

Energiepolitik . . .

Fortsetzung von Seite 9

Zum Thema „Einräumung einer Schulbuchforderung zugunsten des Eschweiler Bergwerks-Vereins“ führte der Wirtschaftsminister aus, daß nach Meinung des Finanzministers und aus seiner Sicht beim EBV grundsätzlich die Voraussetzungen für die Gewährung spezifischer Hilfen gegeben seien. Vor einer Entscheidung über solche Hilfen müsse der EBV jedoch detaillierte Planungen und Unternehmensrechnungen vorlegen. Außerdem ständen noch Vorstands- und Aufsichtsratsbeschlüsse über die vom EBV beabsichtigten Rationalisierungsmaßnahmen aus. Auch bei Einräumung einer Schulbuchforderung seien die Absatzprobleme des Unternehmens und die mit dem Kraftwerksbau zusammenhängenden Fragen noch nicht gelöst. Außerdem wurde noch auf die Gewerkschaft Sophia-Jacoba in Hückelhoven hingewiesen, bei der ähnliche Probleme wie beim EBV vorlägen, die ebenfalls spezifische Hilfen erforderlich machen könnten.

Nach ausgiebiger Diskussion wurde seitens der CDU-Fraktion der Vorschlag gemacht, eine interfraktionelle Kommission des Ausschusses zu bilden, die versuchen sollte, aus den beiden vorliegenden Anträgen einen gemeinsamen Ausschußantrag zu erarbeiten. Ausschußvorsitzender Hans Georg Weiss (CDU) gab bekannt, daß dieses Thema wieder auf die Tagesordnung der nächsten Ausschußsitzung in Düsseldorf kommt.

Porträt der Woche



Ernst Lück (SPD)

Beeindruckend, wie schnörkellos und offen der SPD-Landtagsabgeordnete Ernst Lück die „Juckpunkte“ anspricht. Ehrenwert, daß er Schwächen seiner Partei gar nicht erst wegzureden versucht, sondern sie zugibt; nicht gerade selbstverständlich, daß Lück dabei über jeden Verdacht erhaben ist, sich mit Leidensmiene und Genossen-Schelte eigentlich nur profilieren zu wollen.

Unter den 91 Sozialdemokraten im Landesparlament ist der gebürtige Ostpreuße eine Rarität: Er ist Arbeiter, Maschinenbauer bei Ford Köln, und das schon seit 25 Jahren. Nicht, daß er sich beklagen wollte, aber wenn man ihn danach fragt, dann streitet er nicht ab, daß die Akademiker in der SPD den Arbeitnehmern die Teilhabe am Parteilieben mitunter recht schwer machen. Und da steckt sogar ein wenig Bitterkeit drin, wenn er konstatiert, die Beamten und Angestellten hätten in Scharen doch erst nach den Wahlerfolgen zur Sozialdemokratie gefunden und sich auf die Seite des Siegers geschlagen. „Wenn man 1959 ein Parteiabzeichen trug, da guckten noch alle“, erinnert sich Lück, der genau in jenem Jahr der SPD beigetreten war. Da hatte er schon im Betrieb Engagement gezeigt, war als 21-jähriger 1954 in die IG Metall gegangen, wurde 1957 Vertrauensmann und zwei Jahre später zum Betriebsrat bei Ford gewählt. In der Gewerkschaft kam er schnell zu der Überzeugung, „daß man nicht alles über Tarifverträge regeln kann“. So schloß sich Lück der SPD an, die – davon ist er noch heute trotz mancher Kritik überzeugt – auch als Volkspartei die politische Heimat der Arbeitnehmer ist.

Ob es ihn bitter ankommt oder nicht, er läßt es sich nicht anmerken, sondern stellt knapp fest, die Arbeiter seien im Parlament unterrepräsentiert, auch in seiner SPD-Fraktion. Dies zu durchbrechen, aufzuheben, abzuändern, sei schwer. Viele Arbeitnehmer scheuten schon den Versuch, den rededegewandten Akademikern erst einmal innerparteilich Paroli zu bieten. Unzufrieden mit diesem Zustand, hatte sich vor Jahren in Köln ein Kreis von Betriebsräten und Vertrauensleuten darüber

Gedanken gemacht, ob und wie man mehr Arbeitnehmer auf allen politischen Ebenen installieren könnte. Lück eine Landtagskandidatur anzutragen, bot sich geradezu an. Bewährt hatte er sich schon als Gesamtbetriebsratsvorsitzender aller deutschen Ford-Werke, als ehrenamtliches Mitglied im Vorstand der IG Metall, in Führungsgremien der Parteigliederungen und als Ratsherr der Stadt Köln, um nur einige Posten zu nennen aus jener Vielzahl, die Lück innehatte und die schließlich so groß geworden war, daß er sich 1975 mit Einzug in den Landtag von dem meisten trennte, um nicht den Vorwurf der Ämterhäufung zu hören.

Von seiner Fraktion wurde er in den kommunalpolitischen Ausschuß und in den Sportausschuß delegiert. „Beides war nicht mein Ziel“, bekennt Lück ganz offen. Er wollte sich in der Sozialpolitik engagieren. Doch im dafür zuständigen Ausschuß war kein Platz mehr. Doch keine Klage: „Es ist ja meistens so: Wo man rein will, da kommt man nicht rein.“ Bedenklich stimmt auch eine parlamentarische Grunderfahrung des Abgeordneten Lück. Immer drängender stelle sich das Problem der Verbürokratisierung. Vieles erstarre in einem selbst auferlegten Zwang zum Perfektionismus in Unbeweglichkeit. „Da wird viel zuviel Papier rumgewälzt.“

Als es im Gespräch um den Begriff „Solidarität“ ging, nannte Lück keine Namen. Welche Vorgänge gerade der letzten Woche und Monate er meinte, war jedoch klar. Solidarität, das sei für viele in der SPD „nur noch ein Wort“. Auch jene benutzten es ständig, die sich gar nicht mehr daran hielten. „Und das ist bedauerlich.“

Christoph Lütgert